



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

**Eidgenössische Finanzverwaltung EFV**

Ausgabenpolitik

Stabsdienste und Grundsatzfragen

25. Mai 2016

---

# **Stabilisierungsprogramm 2017-2019**

***Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung***

---

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Ausgangslage und Inhalt der Vorlage .....</b>	<b>4</b>
<b>1.1</b>	<b>Ausgangslage .....</b>	<b>4</b>
<b>1.2</b>	<b>Inhalt des Vernehmlassungsberichts .....</b>	<b>4</b>
<b>1.3</b>	<b>Angaben zum Vernehmlassungsverfahren .....</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Auswertung der Stellungnahmen.....</b>	<b>5</b>
<b>2.1</b>	<b>Allgemeinde Beurteilung des Stabilisierungsprogrammes 2017-2019.....</b>	<b>5</b>
2.1.1	Kantone und kantonale Direktorenkonferenzen.....	5
2.1.2	Politische Parteien .....	6
2.1.3	Gemeinden, Städte und Berggebiete .....	6
2.1.4	Dachverbände der Wirtschaft.....	6
2.1.5	Weitere interessierte Kreise .....	7
<b>2.2</b>	<b>Ergebnisse der Vernehmlassung im Einzelnen (nach Massnahmen) .....</b>	<b>7</b>
2.2.1	Überbrückungsrenten Bundespersonal .....	7
2.2.2	Verschiedene Massnahmen im Eigenbereich.....	7
2.2.3	Internationale Zusammenarbeit.....	9
2.2.4	Weitere Massnahmen im Transferbereich des EDA .....	10
2.2.5	Massnahmen im Transferbereich des EDI.....	10
2.2.6	Migration und Integration.....	11
2.2.7	Weitere Massnahmen im Transferbereich des EJPD .....	12
2.2.8	Armee .....	13
2.2.9	Massnahmen im Transferbereich des VBS .....	13
2.2.10	Bildung, Forschung und Innovation .....	14
2.2.11	Landwirtschaft.....	15
2.2.12	Weitere Massnahmen im Transferbereich des WBF .....	16
2.2.13	Strassen und Einlage in den Infrastrukturfonds .....	16
2.2.14	Umwelt.....	17
2.2.15	Weitere Massnahmen im Transferbereich des UVEK.....	17
2.2.16	Bahninfrastruktur.....	18
2.2.17	Aufsicht öffentlicher Verkehr.....	19
2.2.18	Erschütterungsschutz im Bahnbereich .....	19
2.2.19	Finanzierung der Aufsichtsaufgaben in der AHV durch den AHV-Fonds .....	20
2.2.20	Invalidenversicherung .....	20
2.2.21	Individuelle Prämienverbilligung .....	21
2.2.22	Militärversicherung .....	21
2.2.23	Verzinsung der Rückstellung für Familienzulagen Landwirtschaft .....	22

2.2.24	Aufhebung Risikoaktivitätengesetz.....	22
2.2.25	Weitere einnahmenseitige Massnahmen.....	23
<b>3</b>	<b>Anhang: Verzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden mit Abkürzungen.....</b>	<b>24</b>

# 1 Ausgangslage und Inhalt der Vorlage

## 1.1 Ausgangslage

Die starke Aufwertung des Schweizerfrankens nach der Aufhebung der Wechselkursuntergrenze durch die SNB hinterliess im Bundeshaushalt deutliche Spuren. Als Folge mussten die Einnahmenschätzungen deutlich nach unten korrigiert werden. Zwar erhöhte sich das durch die Schuldenbremse zugelassene Defizit und die tieferen volkswirtschaftlichen Referenzgrössen ermöglichten bei diversen Ausgaben erhebliche Schätzkorrekturen. Um die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten zu können, drängten sich aber weitere Sparmassnahmen auf. Ein erstes Massnahmenpaket im Umfang von rund 1 Milliarde hat der Bundesrat dem Parlament bereits mit der Botschaft zum Voranschlag 2016 unterbreitet. Mit dem Stabilisierungsprogramm 2017–2019 sollen ab 2017 weitere Entlastungen zwischen 800 Millionen und 1 Milliarde jährlich folgen. Vom 25. November 2015 bis 18. März 2016 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zum Stabilisierungsprogramm 2017–2019 durchgeführt.

## 1.2 Inhalt des Vernehmlassungsberichts

Die Entlastungsstrategie des Bundesrates setzt primär auf der Ausgabenseite an. Die Option der Neuverschuldung fällt für den Bund aufgrund der Schuldenbremse ausser Betracht; diese lässt über einen Konjunkturzyklus hinweg keine Neuverschuldung zu. Eine Konsolidierung des Haushalts über eine Erhöhung der Einnahmen kommt aus Sicht des Bundesrates ebenfalls nicht in Frage. Zum einen kämen Mehreinnahmen zu spät, weil in der Regel Verfassungsänderungen notwendig sind, zum andern sind Steuererhöhungen auch aus wirtschafts- und standortpolitischer Sicht nicht angezeigt.

Das Bundesgesetz über das Stabilisierungsprogramm 2017–2019 wurde mit insgesamt 25 Massnahmen in die Vernehmlassung gegeben. Damit soll der Haushalt Jahr 2017 gegenüber dem provisorischen Finanzplan 2017–2019 vom 1. Juli 2015 um knapp 800 Millionen entlastet werden; in den Jahren 2018 und 2019 beträgt die Entlastung rund 1 Milliarde. Dazu sollten 12 bestehende Bundesgesetze angepasst und eines aufgehoben werden. Kernstück des Gesetzes ist eine Änderung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushalts. Darin werden jene Massnahmen, für die grundsätzlich keine Gesetzesänderungen notwendig wären, als Sparaufträge an den Bundesrat festgehalten.

Das Stabilisierungsprogramm 2017-2019 fällt ausgewogen aus: Alle Aufgabengebiete leisten einen Beitrag an die Sparanstrengungen. Unterproportional betroffen sind insbesondere die Landesverteidigung – im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Armee – und die soziale Wohlfahrt, weil hier Reformen ihrer Komplexität wegen meist in separaten Vorlagen umgesetzt werden müssen. Einen überproportionalen Beitrag leisten demgegenüber jene Aufgabengebiete, die in den vergangenen Jahren besonders stark gewachsen sind: die Bildung und Forschung sowie die Beziehungen zum Ausland. Auch die Verwaltung, insbesondere der Personalbereich, trägt einen angemessenen Teil der Last. Die Kantone werden durch das Stabilisierungsprogramm 2017–2019 nicht übermässig belastet. Der Bundesrat hat darauf geachtet, Massnahmen, welche die Kantone betreffen, so auszugestalten, dass diesen möglichst grosse Wahlfreiheit gelassen wird, ob sie die wegfallenden Bundesbeiträge durch eigene Mittel ersetzen oder nicht. Das Stabilisierungsprogramm 2017–2019 dürfte schliesslich kaum spürbare Auswirkungen auf das Wachstum der Volkswirtschaft haben.

Im Zuge des Stabilisierungsprogramms 2017–2019 soll zudem die Eidgenössische Stiftungsaufsicht in eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit und eigener Rechnung ausgelagert werden. Die dazu erarbeitete Gesetzesvorlage war nicht Bestandteil der Vernehmlassung. Das EDI hat dazu eine separate Konsultation der Stiftungsverbände durchgeführt.

### 1.3 Angaben zum Vernehmlassungsverfahren

Das Eidgenössische Finanzdepartement hat vom 25. November 2015 bis zum 18. März 2016 zum Entwurf des Bundesgesetzes über das Stabilisierungsprogramm 2017–2019 ein schriftliches Vernehmlassungsverfahren durchgeführt. Offiziell begrüsst wurden (1) die Kantone, (2) die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, (3) die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie (4) die gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft. Insgesamt gingen über 250 Stellungnahmen ein. Neben den angeschriebenen Kreisen, welche sich grösstenteils zum Stabilisierungsprogramm als Ganzes sowie zur Mehrheit der Massnahmen geäussert haben, sind seitens Verbänden, Interessensvereinigungen oder Lokalparteien und Privatpersonen zahlreiche Stellungnahmen zu einzelnen Massnahmen eingegangen.

Eine Übersicht über die eingegangenen Stellungnahmen gibt die nachfolgende Aufstellung.

	Offiziell angeschrieben		Spontan eingegangen	Total Rückmeldungen
	Total	davon eingegangen		
Kantone / Konferenz der Kantonsregierungen	27	26	1	27
In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	12	7	-	7
Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	3	3	-	3
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	8	6		6
Weitere Organisationen	-	-	170	170
Private	-	-	52	52
<b>Total</b>	<b>50</b>	<b>42</b>	<b>223</b>	<b>265</b>

## 2 Auswertung der Stellungnahmen

### 2.1 Allgemeinde Beurteilung des Stabilisierungsprogrammes 2017-2019

#### 2.1.1 Kantone und kantonale Direktorenkonferenzen

Die Kantone sind grundsätzlich mit der Umsetzung eines Sparprogramms zur Reduktion des strukturellen Defizits des Bundes einverstanden. Dass bei den Massnahmen hauptsächlich auf der Ausgabenseite angesetzt wird, ist für die Kantone ebenfalls nachvollziehbar. Die Notwendigkeit von Entlastungsmassnahmen wird anerkannt und es wird betont, dass das bereits bestehende strukturelle Defizit keinesfalls weiter vergrössert werden dürfe. So müssten Bundesrat und Parlament darauf achten, keine neuen Leistungen zu schaffen, die nicht durch neue Einnahmen gedeckt sind. Bis zum Ende der Laufzeit des Stabilisierungsprogramms seien alle neuen bzw. geplanten Anschubfinanzierungen des Bundes zu sistieren.

Die Kantonsregierungen verlangen ausdrücklich, dass das Stabilisierungsprogramm 2017-2019 nicht zu einer Lastenabwälzung auf die Kantone führt. Die NFA-Grundsätze der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz seien zu befolgen. Da sich die Finanzlage der Kantone in den letzten Jahren markant verschlechtert habe, verfügten die Kantone über keinerlei Spielraum mehr, um vom Bund abgewälzte Kosten zu tragen.

Die Kantone anerkennen, dass der Vernehmlassungsentwurf keine offensichtlichen direkten Lastenabwälzungen enthält. In Bezug auf die indirekten Lastenabwälzungen sei die Vorlage jedoch unbefriedigend. So verfügten die Kantone nicht in allen Bereichen über den notwendigen Spielraum um zu entscheiden, ob die wegfallenden Bundesbeiträge durch eigene Mittel

ersetzt werden sollen oder nicht. Insbesondere bei Leistungen zugunsten der Bevölkerung müssten die Kantone für den Bund einspringen. Massnahmen, die den Kantonen kaum Spielraum bieten, seien aus diesem Grund nicht ins Stabilisierungsprogramm aufzunehmen. Zudem solle darauf geachtet werden, dass die Einsparungen beim Bundespersonal nicht zu einer höheren Arbeitsbelastung der Kantonsverwaltungen führten.

Die Kantonsregierungen lehnen diejenigen Massnahmen ab, die (1) de facto zu einer Lastenabwälzung auf die Kantone führen (z.B. EL AHV/IV, BIF, IPV, Landwirtschaft), die (2) den aktuellen Herausforderungen zuwiderlaufen (z.B. Migration und Integration), sowie diejenigen Massnahmen, (3) deren Folgen für die Kantone aufgrund der Ausführungen im erläuternden Bericht (z.B. BFI) nicht beurteilt werden können.

Zudem verlangen die Kantone, dass mit Blick auf den Überschuss im Rechnungsjahr 2015 der Bedarf von Sparmassnahmen nochmals vertieft geprüft werden solle.

Einige Kantone schliessen sich der Stellungnahme der KdK vorbehaltlos an. Viele Kantone weichen aber in ihren eigenen Stellungnahmen in einzelnen Punkten von der KdK-Position ab.

### **2.1.2 Politische Parteien**

Die SVP unterstützt grundsätzlich die Bestrebungen des Bundesrates, den Haushalt ausgabenseitig zu entlasten. Sie erachtet aber die vorgeschlagenen Sparmassnahmen als unzureichend und schlägt in verschiedenen Bereichen höhere Sparaufträge vor, will aber im Gegenzug insbesondere in der Armee und der Landwirtschaft tiefere Kürzungen umsetzen. Zudem soll das Stabilisierungsprogramm dringlich in Kraft gesetzt werden. Die SVP fordert darüber hinaus eine Beschränkung des Ausgabenwachstums auf die Teuerung.

Auch die FDP, die CVP, die Grünliberalen und die BDP unterstützen den Vorschlag des Bundesrates grossmehrheitlich, fordern aber in einigen Bereichen Abstriche am Umfang des Stabilisierungsprogramms, in anderen hingegen höhere Kürzungen.

Die SP und die Grünen stellen die Notwendigkeit des Stabilisierungsprogramms in Frage und beantragen dessen Ablehnung oder zumindest dessen Verschiebung um ein Jahr. Im Einzelnen lehnen sie die Mehrzahl der vorgeschlagenen Entlastungsmassnahmen ab. Die SP ist darüber hinaus der Auffassung, dass die Schuldenbremse zu restriktiv wirke.

### **2.1.3 Gemeinden, Städte und Berggebiete**

Die SAB, der Städteverband und der Gemeindeverband sind im Grundsatz mit dem vom Bundesrat vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden und unterstützen insbesondere das Ziel gesunder Staatsfinanzen. Jede der drei Organisationen lehnt einige Sparmassnahmen ganz oder teilweise ab. Insbesondere seien Lastenabwälzungen auf die unteren Staatsebenen zu vermeiden.

### **2.1.4 Dachverbände der Wirtschaft**

economiesuisse und der SGV/USAM unterstützen das Stabilisierungsprogramm 2017-2019. Sie empfehlen indes vereinzelte Korrekturen am vorgeschlagenen Massnahmenpaket, namentlich den Verzicht auf die Schliessung von Zollstellen sowie geringere Kürzungen im Bereich Bildung und Forschung. Zugleich erkennen sie unter anderem im Eigenbereich der Bundesverwaltung, in der Kultur und bei der Entwicklungszusammenarbeit ein höheres Spar-

potenzial. Zudem seien weitere Entlastungen bei den stark gebundenen Ausgaben zu prüfen.

Der SBV lehnt die vorgeschlagenen Kürzungen in der Landwirtschaft entschieden ab. Er fordert einen stärkeren Einbezug der stark gebundenen Ausgaben und den Aufschub von Vorhaben, die den Bundeshaushalt belasten. Er schlägt darüber hinaus vor, die Importzölle zu erhöhen, um den Haushalt auch einnahmenseitig zu entlasten.

Der SGB und TravailSuisse lehnen das Stabilisierungsprogramm grundsätzlich und entsprechend auch die Mehrzahl der vorgeschlagenen Sparmassnahmen ab. Der Bundeshaushalt soll stattdessen mit Mehreinnahmen ins Gleichgewicht gebracht werden. Der SGB argumentiert zudem, die Schuldenbremse wirke zu restriktiv.

## 2.1.5 Weitere interessierte Kreise

Daneben gingen über 200 Stellungnahmen von Unternehmen, Organisationen, Interessengruppen und Privatpersonen ein. Diese äussern sich in der Regel nicht grundsätzlich zum Stabilisierungsprogramm, sondern lediglich zu jenen Massnahmen, von denen sie betroffen sind.

## 2.2 Ergebnisse der Vernehmlassung im Einzelnen (nach Massnahmen)

### 2.2.1 Überbrückungsrenten Bundespersonal

M01	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Sonstige Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	5,6	BDP, FDP, SGV/USAM	SP, Travail.Suisse	Walliser Landwirtschaftskammer, BBV	VGB, PUBLICA, VPOD, PEKOKO, PVB, Transfair

#### **Argumente gegen die Massnahme**

Die Massnahme sei vorgängig nicht mit den Personalverbänden verhandelt worden und treffe besonders die jungen Mitarbeitenden, die tiefen Lohnklassen sowie die Mitarbeitenden in Monopolberufen. Viele frühzeitige Pensionierungen würden vom Arbeitgeber erzwungen und seien nicht freiwillig. Vereinzelt wird eine Verlängerung der Übergangsfrist gefordert.

Die PUBLICA unterbreitete im Rahmen der Vernehmlassung formelle Anpassungsvorschläge am Gesetzestext.

#### **Argumente für die Massnahme**

Die Befürworter der Massnahme fordern teilweise einen vollständigen Verzicht auf die Überbrückungsrenten.

### 2.2.2 Verschiedene Massnahmen im Eigenbereich

Die Massnahmen im Eigenbereich erstrecken sich über die gesamte Bundesverwaltung. Sie setzen sich aus zahlreichen, zumeist kleineren Einsparungen zusammen.

M02	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen
		Pro	Contra/Vorbehalte	Contra
Gesamtmassnahme	121,5	SVP, FDP economieusesuisse	Travail.Suisse	PEKOKO, PVB

Massnahmen beim Zoll			KDK, BL, GE, GL, NE, SG, SH, TG, VD, VS, ZH SP, Grüne, FDP, SVP economiesuisse	Ostschweizer Regierungskonferenz, IBK, scienceindustries, Swissemem, Swiss Textiles, CP, IHK, Gewerbeverband Basel-Stadt, Handelskammer beider Basel, Swiss Shippers' Council, Chambres de commerce de Suisse latine, Spedlogswiss, ASTAG (und 11 Sektionen der ASTAG), Cargo Forum Schweiz, IG DHS, Communauté d'Agglomération des Trois Frontières, CCI Sud Alsace Mulhouse, VGB, garanto, VPOD, Transfair, FER, SFF, strasseschweiz, 2 Privatpersonen
Schliessung Polit-Forum Käfigturm			BE CVP, BDP, SP, Grüne SSV	Helvetas, Hauptstadtreionschweiz, Stadt Bern, Foro Reflexion Peru, Konsumentenschutz, Décroissance Bern, JUSO, CVP-Frauen Schweiz, CVP Kanton Bern, SP Kanton Bern, SP Bern Mittelland, SP Stadt Bern, Grünes Bündnis Bern, Junge Grüne Schweiz, Junge BDP, Fondation Reinhardt-von Graffenried, Regionalkonferenz BernMittelland, Guatemalanetz Bern, Vereinigung Schweiz Cuba Sektion Bern, Keystone, Gemeinde Spiez, Foraus Regioleitung Bern, EvB, SEK, gefo.ch 36 Privatpersonen
Kürzungen VBS/BASPO, Förderprgramm „schule bewegt“			BE SP	Swissolympic, Gesundheitsförderung Schweiz; NGO-Allianz Ernährung, Bewegung, Körpergewicht; pro velo Schweiz, SVSS, Public Health Schweiz, CardioVasc-Suisse
Verbundaufgaben EJPD			KDK, AG, BE, BL, VS, ZG SP, Grüne	Kinderschutz Schweiz, VGB, NAS
Kürzungen BABS			KDK, BE, BL, VS, ZG SP	
Kürzung Beitrag SDA				SDA, Schweizer Medien
Übrige Massnahmen				Vereinzelte zu verschiedenen Teilmassnahmen

### Argumente gegen die Massnahmen

- **Schliessung von Zollstellen**

Die Massnahme gehe zu Lasten der Wirtschaft. Sie führe zu einem Leistungsabbau der EZV, zu Umwegverkehr und somit zu zusätzlicher Umweltbelastung und höheren Transportkosten. Ausserdem führe das Ausweichen auf andere Zollstellen, die bereits heute teilweise überlastet seien, zu längeren Wartezeiten. Die Einstellung der Abfertigungen an Samstagen verkenne die wirtschaftlichen Realitäten. Die Zollhürden würden mit dieser Massnahme erhöht, mit entsprechenden Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der exportierenden Unternehmen und Logistikbetriebe. Vor der Verabschiedung der Massnahme sei vertieft zu analysieren, mit welchen volkswirtschaftlichen, verkehrstechnischen und allenfalls ökologischen und sicherheitspolitischen Fragen zu rechnen sei.

Etliche Grenzkantone sprechen sich gegen die Schliessung spezifischer Zollstellen aus und unterstreichen deren Bedeutung für die regionale Wirtschaft und die Beziehungen zum Ausland. Darüber hinaus wird bemängelt, die Arbeitsbedingungen des Zollpersonals würden sich verschlechtern.

- **Polit-Forum am Käfigturm**

Die Bedeutung des Polit-Forums am Käfigturm für die Hauptstadtregion als politisches Zentrum der Schweiz wird hervorgehoben. Das Forum sei wichtig als Ort der politischen Bil-



derung. Beim Veranstaltungsraum, welcher Vereinen und Parteien für politische, gesellschaftliche und kulturelle Veranstaltungen gratis zur Verfügung steht, handle es sich auch um ein Begegnungszentrum. Der Spareffekt sei zudem verhältnismässig klein.

- **Verbundaufgaben fedpol/EJPD**

Die Bekämpfung des Betäubungsmittelhandels, der Pädokriminalität und der verbotenen Pornografie seien Verbundaufgaben von Bund und Kantonen. Kürzungen oder Priorisierungen in diesen Deliktsbereichen seien deshalb zwingend gemeinsam von Bund und Kantonen vorzunehmen (Beispiel Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität KOBIK). Dieselben Aussagen träfen in Bezug auf die Einsparungen beim Informationsaustausch (Visainformationssystem, Schengen Informationsaustausch, Nachforschungen nach vermissten Personen) zu. Aufgabenverlagerungen auf die Kantone seien zu vermeiden.

- **Auslagerung „schule bewegt“**

Mit der Auslagerung könne man sich nur einverstanden erklären, wenn das Förderniveau erhalten bleibe.

- **Verzicht auf Ausbildungskurse beim VBS/BABS**

Die KdK sowie mehrere Kantone verlangen, dass der geplante Leistungsabbau beim BABS die im Bericht Umsetzung Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ vorgesehene Massnahmen nicht präjudizieren soll. Negative Auswirkungen auf die Ausbildungsplanung der Kantone seien zu vermeiden.

- **Kürzung Beitrag SDA**

Die Agenturmeldungen der SDA seien für die Medienvielfalt in der Schweiz von herausragender Bedeutung. Eine Kürzung würde die Qualität des Angebots der SDA verringern und dazu führen, dass nicht mehr alle Meldungen aus dem Bundeshaus geliefert werden könnten.

- **Generelle Kritikpunkte**

Insbesondere seitens Arbeitnehmerorganisationen wird der Stellenabbau kritisiert. Neben einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen könne sich dieser gegen aussen als Dienstleistungsabbau bemerkbar machen.

**Argumente für die Massnahmen**

Verschiedene Teilnehmer begrüßen diese Kürzungen grundsätzlich und fordern teilweise einen höheren Sparbeitrag des Eigenbereichs.

### 2.2.3 Internationale Zusammenarbeit

M03	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Sonstige Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	243,4	FDP, SVP SGV/USAM, economiesuisse	SP, Grüne, GLP SGB, Travail.Suisse		swisscontact, swissaid, Unité, fedevaco, Helvetas, SAH, Caritas, SRK, Umweltallianz, mountain wilderness, VCS

**Argumente gegen die Massnahme**

Die Kürzung im Bereich der internationalen Zusammenarbeit sei zu hoch. Die Schweiz

könne bei diesen Sparmassnahmen keinen angemessenen Beitrag mehr an eine zukunftsfähige Welt leisten. Das aussenpolitische Ansehen der Schweiz werde auf das Spiel gesetzt. Weiter werde die binnenwirtschaftliche Bedeutung der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit vernachlässigt. Kritisiert wird teilweise auch der Fokus auf die APD-Quote, bei deren Berechnung sämtliche Möglichkeiten der Anrechenbarkeit ausgeschöpft würden.

**Argumente für die Massnahme**

Die Entwicklungshilfe habe in den letzten Jahren von einem grossen Mittelzuwachs und auch von der Frankenaufwertung profitiert, was eine weitere Senkung des Ausgabenwachstums rechtfertige. Verschiedentlich wird eine Senkung des APD-Ziels sowie die Anrechnung zusätzlicher Ausgaben verlangt.

**2.2.4 Weitere Massnahmen im Transferbereich des EDA**

M04	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Sonstige Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	1,2	SGV/USAM	SP		ASO

**Argumente gegen die Massnahme**

Die Kürzung im Bereich der „Schweizer Revue“ widerspreche dem gesetzlichen Auftrag zur Information der AuslandschweizerInnen und sei kontraproduktiv, weil so weniger AuslandschweizerInnen erreicht werden könnten.

**2.2.5 Massnahmen im Transferbereich des EDI**

M05	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Sonstige Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra
Gesamtmassnahme	6,8	FDP SGV/USAM, Travail.Suisse			
EL zur AHV/IV	4,2	ZH	KDK, AG, BE, BL, BS, GL, NW, OW, SZ, TG, TI, UR, VS, ZG SP, Grüne		Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen, Stadt Lausanne
Kulturförderung	1,6	economiesuisse	KDK, BE, FR, GE, GR, TI, VS, ZH SP, Grüne SSV		Caf, BSA, SIA, Forum für die Zweisprachigkeit, Forum Helveticum, Hauptstadtreionschweiz, Stadt Lausanne
Qualitätssicherung Milch	1,0		SBV		TSM Treuhand GmbH, SMP

**Argumente gegen die Massnahme**

- Ergänzungsleistungen zur AHV/IV**

Die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Leistungen des Bundes an die Ergänzungsleistungen (EL) sei in der Annahme festgelegt worden, dass sich der vom Bund mitfinanzierte Teil der Ergänzungsleistungen und die von den Kantonen allein zu finanzierenden krankheits- und behinderungsbedingten Kosten ungefähr gleich entwickeln würden. Durch die stärkere Kostendynamik im EL-Heimbereich sinke der Bundesanteil an der EL-Finanzierung ohnehin. Die vorgeschlagene Anpassung käme einer Änderung des Kostenteilers zwischen Bund und Kantonen gleich und sei damit eine Lastenabwäl-

zung. Der Bund trete zudem bei der NFA-Verbundaufgabe EL dauernd und immer stärker als Regulator auf, womit er höhere Kosten für die Kantone bewirke. Zudem greife die Massnahme der laufenden EL-Reform vor.

- **Kulturförderung**

Die Finanzhilfe für *Verständigungsmassnahmen* trage dazu bei, die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften zu verbessern und den nationalen Zusammenhalt zu stärken. Die bereits angelaufenen mehrjährigen Projekte würden durch die Kürzung gefährdet.

Die Förderung der *Baukultur* sei erst 2016 mit der Kulturbotschaft ermöglicht worden und mache lediglich einen geringen Teil der gesamten Subventionen im Heimatschutzbereich aus. Vereinzelt wird angemerkt, es handle sich um eine Lastenabwälzung auf die Kantone, da sie die Aufgaben in diesem Bereich in jedem Fall vornehmen müssten.

- **Qualitätssicherung Milch**

Die Kürzung gehe zu Lasten der milchproduzierenden Landwirtschaft, welche aktuell mit grossen Schwierigkeiten konfrontiert sei.

**Argumente für die Massnahme**

- **Ergänzungsleistungen zur AHV/IV:**

Die Massnahme sei berechtigt, wenn bei einem Systemwechsel konsequenterweise auch die Verwaltungskostenentschädigung an die Kantone nach den Fallzahlen des laufenden Jahres und nicht nach denjenigen des Vorjahres berechnet werden.

- **Kulturförderung**

Von verschiedener Seite werden zusätzliche Kürzungen im Bereich der Kultur gefordert.

**2.2.6 Migration und Integration**

M06	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Sonstige Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	21,8	FDP SGV/USAM	KDK, AG, BE, BL, BS, TG, UR, VS, ZG SP, Grüne SGV, SSV, SGB, Travail.Suisse		Caritas, Stadt Lausanne, SAH, SRK
Verzögerte Inbetriebnahme neue Bundeszentren	10,4				
Kürzung Integrationsprogramme	3,6		GE		SKOS, hotelleriesuisse, EKM, Schweizerische Konferenz der Integrationsdelegierten, SKOS
Verzicht Zuschlag Integrationspauschale	7,8		GE, NW, OW		SKOS, EKM, hotelleriesuisse, Schweizerische Konferenz der Integrationsdelegierten, SKOS

**Argumente gegen die Massnahme**

- **Verzögerte Inbetriebnahme neuer Bundeszentren**

Die Massnahme sei aufgrund der aktuellen Situation mit anhaltend hohen Flüchtlingszahlen bereits von der Realität überholt. Zudem widerspreche sie den Zielen der Neustrukturierung des Asylbereichs und es sei es unverantwortlich, die Ausbauprojekte für die Bun-

desstrukturen zu verzögern. Fehle es dem Bund an Unterkünften, so müssten die Asylsuchenden in den Kantonen untergebracht werden, mit entsprechenden Kostenfolgen für diese.

- **Kürzung Integrationsprogramme (KIP)**

Effizienzsteigerungen seien nicht möglich und die Kantone könnten die wegfallenden Bundesbeiträge angesichts der angespannten Finanzlage kaum kompensieren. Ausserdem würden Kantone und Gemeinden bereits heute den grösseren Anteil der Kosten der spezifischen Integrationsförderung tragen. Hinzu käme, dass die Kantone im Bereich der Regelstrukturen (z.B. Schule, Gesundheit, soziale Sicherheit) im Vergleich zur spezifischen Integrationsförderung bereits ein Vielfaches an finanziellen Mitteln für Integrationsmassnahmen aufwenden. Die Kantone verweisen zudem auf Art. 121 Abs. 1 der Bundesverfassung, wonach der Bund die Ein- und Ausreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern sowie die Gewährung von Asyl regelt. Der Bund müsse deshalb seine finanzielle Verantwortung im Integrationsbereich wahrnehmen.

- **Verzicht Zuschlag Integrationspauschale**

Es wird grundsätzlich die Bedeutung von Integrationsmassnahmen betont. Angesichts der anhaltend stark steigenden Zahl von positiven Asylentscheiden (hohe Schutzquote) sei mit einem markanten Anstieg der Kosten zu rechnen. Die Integrationspauschale im heutigen Umfang reiche nicht aus, um die häufig von der Sozialhilfe abhängigen Personen längerfristig für den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Hauptsächlich aus diesem Grund sei der Zuschlag in die Planung aufgenommen worden. Die Differenz zu den effektiv anfallenden Kosten würden die Kantone tragen. Auch sei mit steigende Kosten für die Sozialhilfe zu rechnen. Einige Kantone fordern im Gegenteil eine Erhöhung der Integrationspauschale.

**Argumente für die Massnahme**

Verschiedene Teilnehmer sehen ein grösseres Sparpotenzial und verlangen eine zusätzliche Kürzung bei der Integrationspauschale für vorläufig Aufgenommene.

**2.2.7 Weitere Massnahmen im Transferbereich des EJPD**

M07	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Sonstige Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra
Gesamtmassnahme	9,4	FDP, SGV/USAM, Travail.Suisse			
Baubeiträge Administrativhaft	9,1		KDK, AG, BE, BL, UR, VS, ZG		
Beiträge an das METAS	0,3		VD		

**Argumente gegen die Massnahme**

- **Baubeiträge Administrativhaft**

Die Kantone beantragen, von der Kürzung der Kredite für die Baubeiträge Administrativhaft des Bundes abzusehen. Bevor nicht alle Standorte für die Bundeszentren feststünden, könne der Bedarf an zusätzlichen Anstalten für die Administrativhaft in den einzelnen Regionen der Schweiz nicht abgeschätzt werden. Projektverzögerungen seien zu vermeiden. Könne der Vollzug von Wegweisungen mangels Administrativhaftplätzen nicht rechtzeitig und im erforderlichen Ausmass stattfinden, hätten die Kantone die Kostenfolgen zu tragen.

- **Beiträge an METAS**

Der Kanton VD spricht sich gegen die die Kürzungen der Beiträge des METAS zugunsten des Instituts für Strahlenphysik (IRA) aus.

## 2.2.8 Armee

M08	Entlastung 2019/2017* (in Mio.)	Angeschrieben		Sonstige Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	30,9 / 130,9*	KDK, BL SP, Grüne, GLP Travail.Suisse	TG, ZG FDP, SVP, BDP SGV/USAM	CP	SOG, Chance Schweiz, AWM, SOGART, KOGZH, Pro Militia, Amicale `92, AVIA Luftwaffe, Transfair 2 Privatpersonen

\*Da die Kürzungen gem. Vernehmlassungsbericht im Jahr 2017 wesentlich höher ausfallen, werden diese Entlastungen zusätzlich aufgeführt.

### **Argumente gegen die Massnahme**

Die Armee sei eine Kernaufgabe des Staates, bei der in den vergangenen Jahren zu viel gespart worden sei. Die Sparmassnahmen würden die Weiterentwicklung der Armee fundamental in Frage stellen. Einzelne Parteien hinterfragen die Kürzungen bei der Armee, weil damit dem Zahlungsrahmen von 20 Milliarden nicht entsprochen werde. Verschiedentlich wird kritisiert, dass die Auswirkungen auf die Kantone noch ungenügend geklärt seien.

### **Argumente für die Massnahme**

Einzelne Teilnehmer erkennen bei der Armee ein teilweise viel höheres Sparpotenzial, insbesondere da zahlreiche Investitionsprojekte noch nicht beschaffungsreif seien. Andere befürworten den Sparbeitrag der Armee in den aufgeführten Bereichen, unterstützen aber auch die Tatsache, dass beim Rüstungsaufwand keine Abstriche erfolgen.

## 2.2.9 Massnahmen im Transferbereich des VBS

M08	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Sonstige Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	5,2	FDP SGV/USAM			
J+S-Aktivitäten und Kaderbildung	1,5		KDK, BE, UR, VS SP, Grüne STV		Pfadibewegung Schweiz, Jungwacht Blauring, Stadt Lausanne, SAJV, uso
Nationale Sportanlagen	2,0		GR SP, Grüne SSV		Hotelleriesuisse, Stadt Lausanne
Zivilschutz	0,7	KDK, BL, SZ	BE, GE, TG, TG		Stadt Lausanne

### **Argumente gegen die Massnahme**

- **J+S-Aktivitäten und Kaderbildung**

Der Bund habe erst vor kurzem beschlossen, dem Programm Jugend+Sport künftig mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die Mittel nun wieder reduziert werden sollen.

- **Nationale Sportanlagen**

Teilweise wird befürchtet, die Massnahme könnte zu Lastenabwälzungen führen.

• **Zivilschutz**

Einige Kantone befürchten eine Lastenverschiebung auf die Kantone und Gemeinden. Auch dürfe das Sparvorhaben den in der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ vorgesehenen Massnahmen nicht vorgreifen. Die Massnahmen müssten gemeinsam mit den Kantonen entschieden werden. Ausserdem sei fraglich, ob die Regionalisierung bereits in der Phase von 2017-2019 möglich ist, da das BABS und die Kantone den Rückbau der Anlagen mitfinanzieren müssen, was wiederum zusätzliche Investitionen für den Rückbau auslösen werde.

**Argumente für die Massnahme**

• **Zivilschutz**

Einzelne Kantone begrüssen die Rationalisierung von Schutzanlagen grundsätzlich. Allerdings sei zu bedenken, dass die Massnahmen im Transferbereich des VBS mit der Gesamtkostenübersicht und den laufenden IKT-Projekten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz abzugleichen seien. Wichtige Investitionen wie die Erneuerung des POLYCOM-Systems oder das sichere Datenverbundnetz Schweiz seien weiter zu verfolgen und die Kostenfolgen für die Kantone transparent zu machen.

**2.2.10 Bildung, Forschung und Innovation**

M10	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Sonstige Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	214,4		KDK, AG, BE, BL, BS, GL, NE, OW, TG, TI, UR, VD SP, FDP, GLP, BDP economiesuisse, SGV/USAM, SGB, Travail.Suisse		SNF, Akademien der Wissenschaften Schweiz, Interpharma, ETH-Rat, KV, Bildungscoalition, swissuniversities, VSS, VPOD, Transfair, scienceindustries, Swissmem, Swiss Textiles, swissaid, hotelleriesuisse, CDEP-SO, FER, SFF, Umweltallianz, mountain wilderness, VCS, SAJV, uso

**Argumente gegen die Massnahme**

Bildung und Forschung seien der wichtigste Rohstoff der Schweiz und müssten überdurchschnittlich gefördert werden. Der überproportionale Sparbeitrag des BFI-Bereichs sei unverhältnismässig und führe im Legislaturzeitraum zu einem unterdurchschnittlichen Wachstum. Dies widerspreche sowohl den Erwartungen der Wirtschaft als auch dem Ziel des Bundesrates, dem BFI-Bereich Priorität beizumessen.

Mehrere Kantone sehen in der vorgesehenen Reduktion der Wachstumsraten eine Kostenüberwälzung auf die Kantonsebene. Zentral seien die strategisch inhaltlichen Wachstumsfaktoren und nicht das Teuerungsargument. Mit Blick auf die Vorankündigung des Bundesrates, die höhere Berufsbildung massgeblich mitfinanzieren zu wollen, im Bereich der Humanmedizin zusätzlich 100 Millionen Franken aufzuwenden und neben anderen Zielen auch die Innovation zu fördern, sei es nicht nachvollziehbar, wenn diese Ankündigungen nicht oder nur zu kleinen Teilen umgesetzt würden. Verlagerungen innerhalb des Bildungsbereichs seien zu vermeiden. Weder dürfe die Unterstützung der höheren Berufsbildung zulasten der beruflichen Grundbildung gehen, noch dürfe die Zusatzfinanzierung für mehr Ausbildungsplätze in der Humanmedizin zulasten der übrigen Universitäts-Schwerpunkte erfolgen.

Vereinzelt wird auch auf die Einschränkungen im Bereich Migration hingewiesen. Dieser Bereich gerate zunehmend unter Druck, wenn sowohl die Beiträge für die Migration und Integration als auch die Beiträge im Rahmen der BFI-Botschaft tiefer ausfallen.

## 2.2.11 Landwirtschaft

M11	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	96,3	FDP, GLP SGV/USAM	KDK, AG, BE, GL, JU, NW, OW, TG, UR, VD, VS SVP, CVP SAB, SBV	Swiss Textiles, swissmem	Bauernverbände Uri, Obwalden, Graubünden; SBLV, VSR, LBV, Bäuerinnenverb. Nidwalden, Prométerre, ZBB, CJA, BVSZ, Mutterkuh Schweiz, VSP, SOBV, Swiss Wine, SWBV, WLK, BPZV, VKGS, SGPV, SMP, Verein Das Beste der Region, Junglandwirte, Zucht- verband CH-Sport- pferde, Swiss Beef, SAVS, SIGEF, CP, AG Berggebiet, 1 Privatperson
Direktzahlungen	68,7				DSM, VMI, SP, Grüne, Umweltallianz, mountain wilderness, VCS
Investitionskredite	11,7				
Strukturverbesserungen	11,0				
Qualitäts- und Absatzförderung	5,0				DSM, VMI

### Argumente gegen die Massnahme

Die vorgeschlagenen Kürzungen würden die Landwirtschaftsbetriebe in einer sehr angespannten Situation treffen. Die beschlossene Agrarpolitik 2014-2017 sei einzuhalten. Auch seien die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Aufwertung des Schweizer Frankens auf den Agrarsektor sowie Aspekte der Versorgungssicherheit zurzeit noch zu wenig bekannt.

Die Kürzungen bei den *Direktzahlungen* seien direkt einkommenswirksam. Kritisiert werden generell die überproportionale Belastung sowie der nominelle Rückgang des Landwirtschaftsbudgets. Die vom Bund geforderten ökologischen und gemeinwirtschaftlichen Leistungen seien vollumfänglich abzugelten. Verschiedene Parteien und Umweltschutzorganisationen stellen sich gegen die Kürzungen zulasten der Biodiversität und Landschaftsqualität und verlangen stattdessen eine Kompensation bei den Versorgungssicherheitsbeiträgen.

Die Kürzungen bei den *Investitionskrediten* und *strukturellen Massnahmen* würden die Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft hemmen. Zudem würden auch die der Landwirtschaft vorgelagerten Unternehmen die Sparmassnahme zu spüren bekommen.

Angesichts der Frankenstärke und der Wettbewerbsfähigkeit seien Investitionen in die *Qualitäts- und Absatzförderung* wichtig, um Absatzmärkte zu sichern und auszubauen

### Argumente für die Massnahme

Einige Vernehmlassungsteilnehmer erkennen im Aufgabengebiet Landwirtschaft ein höheres Sparpotenzial, da die hier getätigten Ausgaben keine positiven Auswirkungen auf die Produktivkraft der Volkswirtschaft und das Wirtschaftswachstum hätten. Zudem sei der strukturell bedingte Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe immer noch höher als der Rückgang der Direktzahlungen.

## 2.2.12 Weitere Massnahmen im Transferbereich des WBF

M12	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	4,2	FDP	VS SGV/USAM		
Gewerbliche Bürgschaftsgenossenschaften	0,7	SAB	VD		CP, Cautionnement romand, CDEP-SO, FER
Bürgschaftsgewährung in Berggebieten	0,1	SAB			Cautionnement romand
Neue Regionalpolitik	2,1	SGV/USAM	SAB		Hotelleriesuisse, STV, AG Berggebiet

### Argumente gegen die Massnahme

Auf die Kürzungen bei den *gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften* sei zu verzichten, insbesondere solange die Auswirkungen des starken Schweizerfrankens noch nicht bekannt seien. Die Kürzungen könnten die Funktion des Bürgschaftswesens beeinträchtigen. Zudem müsse die wirtschaftliche Entwicklung in den Randregionen unbedingt ein Ziel des Bundes bleiben.

Die Reduktion der Fondseinlagen im Bereich der *Regionalpolitik* führe dazu, dass der Fonds längerfristig seine Aufgaben nicht mehr wahrnehmen könne.

### Argumente für die Massnahme

Nach Ansicht des SGV/USAM ist das Projekt *Neue Regionalpolitik* zu interventionistisch, es solle noch viel massiver redimensioniert werden.

## 2.2.13 Strassen und Einlage in den Infrastrukturfonds

M13	Entlastung 2019/2017* (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	6,9 / 67,5	SGV/USAM, Travail.Suisse		Transfair, CP, strasseschweiz	Umweltallianz, mountain wilderness, VCS
Beiträge an Hauptstrassen	6,8	ZH	KDK, AG, BE, BL, GL, NW SAB		hotelleriesuisse, AG Berggebiet
Jährliche Einlage in Infrastrukturfonds	0 / 65,2*	KDK, BE, BL, GL, GR, SG, VS SP, FDP, GLP SSV	JU		
Übrige Massnahmen	0,05		SP, Grüne Travail.Suisse		

\*Die Einlage in den Infrastrukturfonds wird im Jahr 2017 einmalig verschoben, weshalb die Entlastung im 2017 zusätzlich aufgeführt wird.

### Argumente gegen die Massnahme

- **Jährliche Einlage in Infrastrukturfonds**

Einige Teilnehmer befürchten nachhaltige Auswirkungen und eine Lastenverschiebung auf die Kantone.

- **Beiträge an Hauptstrassen**

Einige Kantone lehnen die Plafonierung der Bundesbeiträge ab, da sich der Bund so schrittweise aus der Hauptstrassenfinanzierung zurückziehe. Auch sei noch unklar, ob diese Kürzungen in einem angemessenen Verhältnis zu den anderen Ausgabenpositionen der Spezialfinanzierung stünden. Die Kürzung widerspreche damit der nominellen



Sicherung des Beitrages, wie er in der Vorlage für einen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) vorgesehen sei. Des Weiteren wird kritisiert, dass die Finanzierung für den Infrastrukturfonds geändert werden soll, ohne die parlamentarischen Entscheide betreffend der Schaffung des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds abzuwarten. Vereinzelt wird eine Schlechterstellung der Berggebiete und ländlichen Räume befürchtet. Auch sei eine qualitativ hochstehende Strasseninfrastruktur insbesondere für den Tourismus von entscheidender Bedeutung.

- **Übrige Massnahmen**

Einige Teilnehmer sprechen sich gegen die Kürzungen beim Langsamverkehr aus.

**Argumente für die Massnahme**

- **Jährliche Einlage in Infrastrukturfonds**

Da es sich um eine Verschiebung und nicht um eine Kürzung der Mittel handle, sei die Massnahme vertretbar. Allerdings müsse die Liquidität des Fonds jederzeit sichergestellt sein, damit es bei geplanten gemeinsamen Infrastrukturprojekten zu keinen Verzögerungen komme. Auch müsse gewährleistet sein, dass der Beitrag später vollumfänglich dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds gutgeschrieben werde.

- **Beiträge an Hauptstrassen**

Wegen der geringen Teuerung wird die Plafonierung während dreier Jahre als finanziell verkraftbar erachtet.

**2.2.14 Umwelt**

M14	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra	Pro	Contra
Gesamtmassnahme	20,0	KDK, BE, GL, SH, VS, FDP, SGV/USAM	NW, SG, TG, SP, Grüne, SSV, Travail.Suisse		Umweltallianz, mountain wilderness, VCS

**Argumente gegen die Massnahme**

Aufgrund anstehender Projekte sei die Massnahme problematisch. Eine Reduktion sei nur unter der Voraussetzung akzeptierbar, dass die aktuellen Beitragssätze des Bundes an die einzelnen Projekte unverändert bestehen blieben. Es dürfe zu keinen Verzögerungen und Kostenverlagerungen kommen. Einzelne Teilnehmer sehen in der Kürzungen ein falsches politisches Signal.

**Argumente für die Massnahme**

Mehrheitlich befürworten die Kantone die Kürzung. So bilde die Massnahme die Realität ab, wonach die Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen nicht im Rahmen der Planung umgesetzt werden könnten. Es sei jedoch sicherzustellen, dass denjenigen Kantonen, welche die Programmvereinbarungen einhielten, die Bundesmittel rechtzeitig ausbezahlt würden.

**2.2.15 Weitere Massnahmen im Transferbereich des UVEK**

M15	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	7,1	SGV/USAM			

Beitrag Angebot SRG für das Ausland	1,1	FDP	SGB		Publikumsrat Swissinfo, 2 Privatpersonen
Verbreitung Programme in Bergregionen	0,2	FDP	VS		
Übrige Massnahmen	5,8		BE, TG SP, FDP Travail.Suisse		

### Argumente gegen die Massnahme

- Beitrag Angebot SRG für das Ausland / Swissinfo**

Die Kürzung des Beitrags an Swissinfo führe zu starken Einschränkungen im Leistungsangebot und würde zudem Arbeitsplätze kosten.

- Verbreitung Programme in Bergregionen**

Obwohl die Kürzung nicht substantiell sei, handle es sich um einen weiteren Abstrich der Beiträge an die Bergregionen.

- Übrige Massnahmen**

Verschiedene Kantone lehnen die Entlastungsmassnahmen im Energiebereich (Pilot- und Demonstrationsanlagen) ab.

### Argumente für die Massnahme

Der SGV/USAM begrüsst die Massnahmen und ist der Ansicht, dass, auch aufgrund des starken Personalausbaus in den vergangenen Jahren, noch höhere Einsparungen möglich seien.

## 2.2.16 Bahninfrastruktur

M16	Entlastung 2019/2017* (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	93,5 / 53,1*	SGV/USAM		Walliser Landwirtschaftskammer, BBV	
Kürzung BIF-Einlage des Bundes	93,5 / 53,1*	FDP	KdK, AG, BE, BL, GE, GL, OW; SZ, TG, TI, UR, VS, ZG, ZH SP, Grüne SSV, Travail.Suisse		Transfair, CP, hotelleriesuisse, Umweltallianz, mountain wilderness, VCS
Indexierung Kantonsbeitrag		FDP, SP	KdK, AG, BE, BL, GE, GL, OW, NW, SZ, TG, TI, VS, ZG ZH SAB, SGB	Transfair	Stadt Lausanne, AG Berggebiet
Aufhebung Verschuldungsverbot		KdK, AG, BE, GE, SG, NW, TG, ZH SP, Grüne SSV, SAB, SGB, Travail.Suisse	FDP	CP	Transfair, Umweltallianz, mountain wilderness, VCS

\*Die Kürzung der Einlage in den BIF fällt 2019 am höchsten aus. Deshalb wird zusätzlich die Kürzung im Jahr 2017 aufgeführt.

### Argumente gegen die Massnahme

Die Mehrheit der Kantone erachtet das Vorgehen des Bundes – Entlastung über Kürzung der Einlage vs. Erhöhung des Kantonsbeitrages mittels Indexierung – als asymmetrisch. Dies

laufe dem Bestreben zuwider, Verbundbeziehungen abzubauen. Es dürfe keinesfalls ein Risiko von Bauverzögerungen entstehen.

Viele Kantone sprechen sich auch gegen oder nur unter Vorbehalt für die Indexierung des Kantonsbeitrages aus. Sollte die Indexierung beschlossen werden, so fordern sie folgende Anpassungen: Basisjahr für die Indexierung ist Preisstand 2016, Beschränkung auf Teuerungsentwicklung, Anpassung der Kantonseinlage erst per 2020.

**Argumente für die Massnahme**

Eine befristete Aufhebung des Verschuldungsverbotes für den BIF wird von den meisten Kantonen befürwortet. Der Ausbau der Bahninfrastruktur sei dringend notwendig, um die in Bundesbeschlüssen und -gesetzen definierten Kapazitätserweiterungen und ein verbessertes Bahnangebot zu realisieren.

**2.2.17 Aufsicht öffentlicher Verkehr**

M17	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	0.2	BE, NW, SG, TG, SAB, SGV/USAM, STV	SGB	Seilbahnen Schweiz, Walliser Landwirtschaftskammer, BBV, Transfair,	Umweltallianz, mountain wilderness, VCS

**Argumente gegen die Massnahme**

Die Massnahme sei riskant und untauglich, es sei damit zu rechnen, dass im Sicherheitsbereich und bei den Arbeitsbedingungen Kosten gespart würden. Die Auswirkungen auf die Umwelt seien nicht ausreichend abgeklärt.

**Argumente für die Massnahme**

Die vorgeschlagene Gesetzesänderung entspreche einem Nachvollzug der heutigen Praxis und vereinfache die Verfahren. Einzelne Kantone verlangen aber eine Präzisierung von Art. 67 des Bundesgesetzes vom 20. März 2009<sup>1</sup> über die Personenbeförderung, indem die Verlängerung der Geltungsdauer für Konzessionen ausschliesslich für Seilbahnen gelte, nicht aber für Bus- und Bahnkonzessionen.

**2.2.18 Erschütterungsschutz im Bahnbereich**

M18	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	Vermeidung von Mehrbelastungen	SGV/USAM, STV	BE, BS, TG, SP, SSV, Travail.Suisse	Transfair	Umweltallianz, mountain wilderness, VCS

**Argumente gegen die Massnahme**

Einige Kantone bezweifeln ein mögliches Entlastungspotential, da in den vergangenen 20 Jahren kaum Massnahmen in diesem Bereich realisiert worden seien. Die längerfristigen Auswirkungen auf die Bevölkerung würden zudem in der Vorlage nicht erörtert. Schliesslich solle mehr in Forschung und Entwicklung von innovativen und wirtschaftlich tragbaren Lösungen investiert werden, um das Problem an der Quelle anzugehen.

---

<sup>1</sup> SR 745.1

Der Kanton TG macht darauf aufmerksam, dass auch andere Bereiche ausserhalb der Bahninfrastrukturen (z.B. Industrieanlagen) von der Gesetzesänderung betroffen seien.

**Argumente für die Massnahme**

Kostspielige Massnahmen mit unbestimmter Wirkung könnten durch diese Anpassung des Umweltschutzgesetzes vermieden werden.

**2.2.19 Finanzierung der Aufsichtsaufgaben in der AHV durch den AHV-Fonds**

M19	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra	Pro	Contra
Gesamtmassnahme	1,2	Travail.Suisse	KDK, BL, BS NW, SG, SH, SZ, TG, VS, ZG Grüne, FDP SGV/USAM, SGB	Walliser Landwirtschaftskammer, BBV, CP	Konferenz d. kant. Ausgleichskassen

**Argumente gegen die Massnahme**

Der Bundesrat sei gemäss Art. 187 der Bundesverfassung dafür verantwortlich, die Träger von Aufgaben des Bundes zu beaufsichtigen, womit es sich klar um eine hoheitliche Aufgabe handle. Auch aus Sicht einer „Good Governance“ sei der Vorschlag problematisch, da eine Aufsicht zwingend unabhängig sein und damit auch unabhängig finanziert werden müsse. Zudem wird mehrfach darauf hingewiesen, dass der Bundesrat bis Ende 2016 eine Vernehmlassung zu einer Gesetzesänderung zur Aufsicht der AHV starten werde. Die Finanzierung der Aufsicht könne nicht losgelöst davon beschlossen werden. Schliesslich wird vereinzelt angemerkt, dass es sich nicht wirklich um eine Sparmassnahme handelt, da die Kosten lediglich hin zur AHV verschoben würden, womit das Defizit der AHV erhöht würde. Einige Teilnehmende sind zudem der Auffassung, dass die AHV nicht mit zusätzlichen Kosten belastet werden soll.

Die Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen schlägt die Verankerung der Finanzierung der Aufsicht im Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)<sup>2</sup> vom 6. Oktober 2000 vor.

**2.2.20 Invalidenversicherung**

M20	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra	Pro	Contra
Gesamtmassnahme	62	BL	KDK, BE, NW, VS SP, Grüne, FDP SGV/USAM, SGB, Travail.Suisse	Walliser Landwirtschaftskammer, BBV, CP, Konferenz d. kant. Ausgleichskassen	INSOS, afaap, AGILE.CH, SKOS, Inclusion Handicap, graap

**Argumente gegen die Massnahme**

Die Gegner argumentieren, dass sich der Bund so aus dem Pakt im Rahmen der IV-Revision 6a zurückziehe. Solange die Sanierung der IV nicht abgeschlossen sei, sollten die Finanzierungsmechanismen nicht geändert werden. Zudem würde in der Folge der durch Lohnbeiträge finanzierte Anteil steigen, was einer Kostenabwälzung gleichkomme. Verschiedene

<sup>2</sup> SR 830.1

Teilnehmer befürchten eine Zunahme des Kostendrucks, was schliesslich zu einem Leistungsabbau bei der IV führen könnte.

**Argumente für die Massnahme**

Zwar sei die Sanierung der IV nach wie vor nicht gelöst, und durch die Massnahme ergäbe sich ein höherer finanzieller und auch politischer Druck auf die Versicherung. Allerdings sei diese Nachbesserung akzeptabel.

**2.2.21 Individuelle Prämienverbilligung**

M21	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	75,5	FDP, SGV/USAM	KDK, AG, BE, BL, BS, GL, JU, NE, NW, OW, SZ, TG, TI, UR, VS, ZG, ZH SP, Grüne SSV, SGB, Travail.Suisse	Walliser Landwirtschaftskammer, BBV	Stadt Lausanne, Caritas, afaap, AGILE.CH, SKOS, graap

**Argumente gegen die Massnahme**

Bei den vom Bund erzielten Einsparungen handle es sich um reine Lastenverschiebungen. Angesichts der erheblichen finanziellen Mehrbelastungen, welche die Kantone im Zuge verschiedener Gesetzesrevisionen der letzten Jahre im Gesundheitswesen zu tragen hätten, sei dies nicht akzeptierbar. Zudem sei die Umsetzung der in der Revision der Ergänzungsleistungsgesetzgebung geplanten Massnahmen noch unsicher. Der Bund könne sich nicht im Vorgriff auf diese allfälligen Entlastungen der Kantone selbst entlasten. Schliesslich solle der Bund als Regulator des Krankenversicherungsbereichs und Genehmigungsinstanz der Krankenkassenprämien finanziell an der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen angemessen beteiligt und in die Verantwortung eingebunden bleiben. Verschiedene Teilnehmer sehen die Prämienverbilligung als soziales Korrektiv der Kopfprämie und betrachten deshalb die Sparmassnahme als Sozialabbau.

Würde an der Kürzung trotzdem festgehalten, solle diese erst in Kraft treten, wenn die Massnahmen im Bereich Ergänzungsleistungen verwirklicht worden sind (Übergangsbestimmung).

**Argumente für die Massnahme**

Vereinzelt werden weitergehende Kürzungen im Bereich der Prämienverbilligungen gefordert.

**2.2.22 Militärversicherung**

M22	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	3,0	SP SGV/USAM, Travail.Suisse	BDP SGB	Walliser Landwirtschaftskammer, BBV	SwissPersona, SUVA, VKB, Konferenz d. kant. Ausgleichskassen, Inclusion Handicap

### Argumente gegen die Massnahme

Die Gegner der Massnahme argumentieren insbesondere, dass die Prämien der Militärversicherung kostendeckend seien und eine Prämienhöhung daher nicht gerechtfertigt sei. Die SUVA bestreitet darüber hinaus, dass bei den Integritätsentschädigungen ein Sparpotenzial bestehe.

### Argumente für die Massnahme

Die Befürworter der Massnahme argumentieren insbesondere, es sei vertretbar, die Leistungen für die Versicherten der Militärversicherung näher an die Leistungen für die übrige Bevölkerung heran zu führen.

## 2.2.23 Verzinsung der Rückstellung für Familienzulagen Landwirtschaft

M23	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra/Vorbehalte	Pro	Contra/Vorbehalte
Gesamtmassnahme	0,4	SG, BE, BL, GL, SGV/USAM, SBV, Travail.Suisse	KDK, AG, OW, SZ, VS	SBLV, Walliser Landwirtschaftskammer, BBV, Konferenz d. kant. Ausgleichskassen	Transfair

### Argumente gegen die Massnahme

Einige Kantone finden zwar die Anpassung der Verzinsung der Rückstellungen an die Marktverhältnisse an sich gerechtfertigt. Es sei aber zu vermeiden, dass die Begünstigten infolge höherer Beiträge der kantonalen Steuerzahlenden gegenüber anderen Wirtschaftssubjekten privilegiert würden. So müsse der Bund die Zinsreduktion mittels Revision des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FLG) in der Landwirtschaft auf die Begünstigten überwälzen.

Einzelne Kantone befürchten, dass die Änderung für sie zu Mehrbelastungen führen könnte. Sie betonen, die feste Verzinsung von 4 Prozent schaffe Planungssicherheit.

### Argumente für die Massnahme

Andere Kantone stellen sich hinter die vorgeschlagene, marktgerechte Verzinsung im Bereich der Familienzulagen in der Landwirtschaft. Die finanziellen Auswirkungen auf die Kantone seien gering, die Zulagen würden grösstenteils durch die Wirtschaft finanziert.

Der SGV/USAM merkt an, dass in anderen Wirtschaftsbereichen Arbeitgeber allein für die Familienzulagen aufkommen, in der Landwirtschaft aber nicht. Deshalb bestehe gar ein höheres Sparpotenzial.

Die Bauernverbände unterstützen die Massnahme, da sie keine Auswirkungen auf die Empfänger der Familienzulagen habe. Der Bund solle weiterhin verpflichtet sein, die Rücklagen zugunsten der Kantone zu verzinsen, die Höhe des Zinssatzes solle aber nicht mehr gesetzlich festgeschrieben sein.

## 2.2.24 Aufhebung Risikoaktivitätengesetz

M24	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra	Pro	Contra
Gesamtmassnahme	0,2	BL, GL	KDK, BE, GR, OW, VD, VS CVP SAB, SGV/USAM,	SSBS, Swiss Canoe, Genossenschaft Weitwandern, Walli-	Bfu, Swiss Snowsports, Schweizer Bergführerver-

			STV	ser Landwirtschaftskammer, BBV, CP, SAJV 10 Privatfirmen	band, SOA, Safety in Adventures, Berner Bergführerverband, SKLV, SWL, SAC, SUVA, ERBI-NAT, CDEP-SO, AG Berggebiet
--	--	--	-----	---	---

**Argumente gegen die Massnahme**

Die Abschaffung der Gesetzesgrundlage nach so kurzer Zeit sei nicht nachvollziehbar. Das Gesetz bringt nach Auffassung verschiedener Teilnehmer sehr wohl einen Sicherheitsgewinn. Auch wird abgestritten, dass die vom Bundesrat zitierte Branchenlösung existiere. Vereinzelt wird auch argumentiert, dass das Entlastungsvolumen der Massnahme im Vergleich zu den entstehenden Risiken verhältnismässig klein sei.

**Argumente für die Massnahme**

Das Gesetz verursache insbesondere für kleinere Anbieterinnen übermässigen administrativen Aufwand und bringe keinen Sicherheitsgewinn.

**2.2.25 Weitere einnahmenseitige Massnahmen**

M25	Entlastung 2019 (in Mio.)	Angeschrieben		Weitere Stellungnahmen	
		Pro	Contra	Pro	Contra
Gesamtmassnahme	4,0	Travail.Suisse	SGV/USAM	Transfair	
Zivildienst: Abgaben der Einsatzbetriebe	0,7				Umweltallianz, mountain wilderness, VCS
Gebühren Edelmetallkontrolle	1,0				
Gebühren Überwachung Fernmeldeverkehr	0,8		KdK, AG, BL, VS		
OGD / MeteoSchweiz	-		KdK SP		SMA

**Argumente gegen die Massnahme**

- Zivildienst: Abgaben der Einsatzbetriebe**

Auch wenn die Erhöhung vergleichsweise moderat ausfalle, sei darauf zu achten, dass solche Erhöhungen die Leistungserbringung nicht beeinträchtigen.
- Gebühren Überwachung Fernmeldeverkehr**

Die Erhöhung der von den Strafverfolgungsbehörden zu entrichtenden Gebühren um 5 Prozent sei angesichts der negativen Teuerung nicht plausibel und nicht gerechtfertigt. Zudem sei betreffend die Programme Fernmeldeüberwachung und Überwachung Post- und Fernmeldeverkehr vorab die Beteiligung Bund/Kantone an den Kosten bzw. eine allfällige Pauschalisierung der Gebühren zu klären.
- Verzicht auf Open Government Data MeteoSchweiz**

Die Massnahme widerspreche der vom Bundesrat verabschiedeten „Open-Government-Data-Strategie 2014-2018“. Die Freigabe offener Behördendaten sei wesentlich für Innovationen und wirtschaftliches Wachstum.

- **Generelle Bemerkungen**

Die Massnahme widerspreche dem Grundprinzip des Stabilisierungsprogramms, nicht die Einnahmen zu erhöhen, sondern auf der Ausgabenseite anzusetzen.

### **3 Anhang: Verzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden mit Abkürzungen**

#### **Kantone**

Konferenz der Kantonsregierungen	KdK
Kanton Aargau	AG
Kanton Appenzell Ausserrhoden	AR
Kanton Bern	BE
Kanton Basel Landschaft	BL
Kanton Basel Stadt	BS
Kanton Freiburg	FR
Kanton Genf	GE
Kanton Glarus	GL
Kanton Graubünden	GR
Kanton Jura	JU
Kanton Luzern	LU
Kanton Neuenburg	NE
Kanton Nidwalden	NW
Kanton Obwalden	OW
Kanton St. Gallen	SG
Kanton Schaffhausen	SH
Kanton Solothurn	SO
Kanton Schwyz	SZ
Kanton Thurgau	TG
Kanton Tessin	TI
Kanton Uri	UR
Kanton Waadt	VD
Kanton Wallis	VS
Kanton Zug	ZG
Kanton Zürich	ZH

#### **Politische Parteien**

Bürgerlich-Demokratische Partei	BDP
Christlichdemokratische Volkspartei	CVP
FDP. Die Liberalen	FDP
Grüne Partei der Schweiz	GPS
Grünliberale Partei	GLP
Schweizerische Volkspartei	SVP
Sozialdemokratische Partei der Schweiz	SP

#### **Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete**



Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	SAB
Schweizerischer Gemeindeverband	SGV
Schweizerischer Städteverband	SSV

#### **Dachverbände der Wirtschaft**

economiesuisse	economiesuisse
Kaufmännischer Verband Schweiz	KV
Schweizerischer Bauernverband	SBV
Schweizerischer Gewerbeverband	SGV/USAM
Schweizerischer Gewerkschaftsbund	SGB
Travail Suisse	Travail.Suisse

#### **Interessierte Kreise und Organisationen**

AG Berggebiet c/o Solidaritätsfond Luzerner Bergbevölkerung	AG Berggebiet
Akademien der Wissenschaften Schweiz	
Amicale '92	
Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee	AWM
Arbeitskreis für Sicherheitsfragen Chance Schweiz	
Auslandschweizerorganisation	ASO
AVIA Luftwaffe	
Bäuerinnenverband Nidwalden	
Bauernverband Obwalden	BV OW
Bauernverband Uri	
Bauernvereinigung des Kantons Schwyz	BVSZ
Beratungsstelle für Unfallverhütung	BFU
Berner Bergführerverband	
Bernischer Pferdezüchtverband	BPZV
Bildungskoalition	
Bund Schweizer Architekten	BSA
Bündner Bauernverband	BBV
CardioVascSuisse	
Cargo Forum Schweiz	
Caritas	
Cautionnement romand	
CCI Sud Alsace Mulhouse	
Centre Patronal	CP
Chambre Jurassienne d'Agriculture	CJA
Chambres de commerce de Suisse latine	
Chance Schweiz	
Communauté d'Agglomération des Trois Frontières	
Conférence des Chefs de Dép. de l'Economie publique de Suisse occidentale	CDEP-SO
Conseil des affaires francophones du district bilingue de Bienne	caf
CVP Frauen Schweiz	
CVP Kanton Bern	
Dachverband Schweizerischer Müller	DSM
Décroissance Bern	

Die Organisationen von Menschen mit Behinderung	agile.ch
Die Schweizer Maschinen-, Elektro und Metall-Industrie	SWISSMEM
Eidgenössische Migrationskommission	EKM
Erklärung von Bern	EvB
ETH-Rat	
Fachverband Erlebund und Bildung in der Natur	ERBINAT
Fédération des Entreprises Romandes	FER
Fédération vaudoise de coopération	FEDEVACO
Fondation Reinhardt - von Graffenried	
Forum Aussenpolitik	foraus
Forum für die Zweisprachigkeit	
Forum Helveticum	
Freiburgische Interessengemeinschaft für Sozialpsychiatrie	afaap
Gefängnisforschung.Schweiz	Gefo.ch
Gemeinde Spiez	
Gesundheitsförderung Schweiz	
Gewerbeverband Basel-Stadt	
Gewerkschaft des Zoll- und Grenzschutzpersonals	garanto
groupe d'accueil et d'action psychiatrique	graap
Grünes Bündnis Bern	
Guatemalanetz Bern	
Handelskammer beider Basel	
Hauptstadtregionsschweiz	
Helvetas	
hotelleriesuisse - Swiss Hotel Association	
Inclusion Handicap	
Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg	IHK
Innovation Zweite Säule	IZS
Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz	IG DHS
Internationale Bodensee Konferenz	IBK
Interpharma	
Junge BDP	
Junge Grüne Schweiz	
Junglandwirte	
JungsozialistInnen Schweiz	JUSO
Jungwacht Blauring	
Kaufmännischer Verband	KV
Keystone	
Kinderschutz Schweiz	
Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen	
Konsumentenschutz	
Koordination der Personalkommissionen in der Bundesverwaltung	PEKOKO
Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband	LBV
mountain wilderness	
Mutterkuh Schweiz	
Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik	NAS
Nationaler Branchenverband der Institutionen für Menschen mit Behinderungen	INSOS

NGO-Allianz	
Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich	KOGZH
Ostschweizer Regierungskonferenz	
Personalverband des Bundes	PVB
Pfadibewegung Schweiz	
Pro Militia	
Pro Velo Schweiz	
Prométerre	
Public Health Schweiz	
Publica	
Reflexion Peru	
Regionalkonferenz Bern Mittelland	
Safety in Adventures	
Schweizer Alpen-Club	SAC
Schweizer Bergführerverband	
Schweizer Fleisch-Fachverband	SFF
Schweizer Kletterlehrerverband	SKLV
Schweizer Milchproduzenten	SMP
Schweizer Tourismus-Verband	STV
Schweizer Verband für Personelle Entwicklungszusammenarbeit	unité
Schweizer Wanderleiter	SWL
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände	SAJV
Schweizerische Depeschenagentur	SDA
Schweizerische Interessengemeinschaft Eselfreunde	SIGEF
Schweizerische Konferenz der Integrationsdelegierten	
Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe	SKOS
Schweizerische Offiziersgesellschaft	SOG
Schweizerische Offiziersgesellschaft der Artillerie	SOGART
Schweizerische Unfallversicherungsanstalt	SUVA
Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband	SBLV
Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund	SEK
Schweizerischer Getreideproduzentenverband	SGPV
Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein	sia
Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung	SNF
Schweizerischer Nutzfahrzeugverband	ASTAG
Schweizerischer Schneesport Berufs- und Schulverband	SSBS
Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste	VPOD
Schweizerischer Verband für Sport in der Schule	SVSS
Schweizerischer Weinbauernverband	SWBV
Schweizerisches Rotes Kreuz	SRK
scienceindustries Switzerland	
Seilbahnen Schweiz	
Shagya-Araberverband der Schweiz	SAVS
Solidar Suisse	
Solidar Suisse, Schweizerisches Arbeiterhilfswerk	SAH
Solothurnischer Bauernverband	SOBV
Sozialdemokratische Partei Bern-Mittelland	

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern	
Sozialdemokratische Partei Stadt Bern	
Spedlogswiss	
Stadt Bern	
Stadt Lausanne	
Swiss Beef	
Swiss Canoe	
swiss olympic	
Swiss Outdoor Association	SOA
Swiss Shippers Council	
Swiss Snowsports	
Swiss Textiles	
Swiss Wine	
swissaid	
swisscontact	
SwissPersona	
swissuniversities	
transfair	
TSM Treuhand GmbH	TSM
Umweltallianz	
Union der Schülerorganisationen CH/FL	uso
unité	
Verband der Schweizer Studierendenschaften	VSS
Verband der Schweizerischen Milchindustrie	VMI
Verband des Strassenverkehrs (FRS)	strasseschweiz
Verband kollektiver Getreidesammelstellen der Schweiz	VKGS
Verband Schweizer Medien	
Verband Schweizerischer Meteo Anbieter	SMA
Verband Schweizerischer Pferdezuchtorganisationen	VSP
Verein "Das Beste der Region"	
Verein Schweizer Regionalprodukte	VSR
Vereinigung der Kader des Bundes	VKB
Vereinigung Schweiz Cuba, Sektion Bern	
Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal	VGB
Verkehrs-Club der Schweiz	VCS
Walliser Landwirtschaftskammer	WLK
WeitWandern	
Zentralschweizer Bauernbund	ZBB
Zuchtverband CH-Sportpferde	

